Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,60 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 3,69 M., mit Abtrag 35 Pfg. mehr, zusammen 4,14 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pfg., für Auswärtige 50 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 60 Pf. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.** Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 222.

Nr. 120. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 14. Oktober. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Wilsons geheimnisvolle Krankheit und die Politik Amerikas.

Nun schon seit zwei Wochen wird die politische Welt mit widerspruchsvollen Nachrichten über die Krankheit Wilsons traktiert, noch am 10. Oktober meldete das Pressebüro „Radio" aus New-York, daß der Präsident Wilson frisch und munter sei und daß er den Wunsch ausgesprochen habe, sich wieder mit den politischen Angelegenheiten beschäftigen zu wollen, der als gut unterrichtete Washingtoner Berichterstatter der Londoner Morningpost hat sich nun aber in einer Depesche über die Erkrankung des Präsidenten Wilson dahin ausgesprochen, daß in den amerikanischen Regierungskreisen zugegeben wurde, daß der Präsident Wilson sehr krank sei und daß Staatsangelegenheiten dem Präsidenten Wilson gegenüber überhaupt nicht mehr berührt werden dürften. Derartige Widersprüche in der Berichterstattung über das Befinden des Präsidenten Wilson sind echt amerikanisch und beweisen, daß hinter der Krankheit des Präsidenten Wilson wohl ganz andere Dinge stecken und zwar eine Krisis in der ganzen amerikanischen Politik. Wir erfahren die Auflösung für das Rätsel vielleicht aus politischen Briefen, die aus Amerika auch nach Deutschland gelangt sind. Es war in Amerika bekannt, daß der Präsident Wilson in seiner Person die ganze amerikanische Politik während der Kriegszeit und während der Friedensverhandlungen vertreten hat, und daß der Präsident Wilson überhaupt eine ausgeprägt autokratische Natur ist, die vielmehr eigenen Willen in der Politik durchzusetzen wußte, als es jemals der ehemalige deutsche Kaiser getan und verstanden hat. Wenn nun der Präsident Wilson Gefahr läuft, mit seiner ganzen persönlichen Politik in Amerika Schiffbruch zu leiden, so kann man es verstehen, daß ihm die politische Krisis in den Kopf gefahren ist und daß er einen Nervenkrach erlitten hat. Wir erfahren auch aus einem New Yorker Briefe, daß die große Rundreise des Präsidenten Wilson und seine vielen Reden zugunsten des Friedensvertrages und des Völkerbundes in Amerika keine großen Erfolge hatte und daß die meisten Amerikaner von der unbedingten Annahme des Friedensvertrages und des Völkerbundes nichts wissen wollten. Der Hauptgrund für diese Ablehnung ist die Befürchtung, daß die Vereinigten Staaten durch die Garantie des Vertrages und die Annahme des Völkerbundes in alle möglichen Händel gezogen werden könnten, um den Besitzstand Englands und der übrigen Verbandsmächte zu wahren. Senator Johnson gab dem Ausdruck, als er erklärte, daß er nichts dagegen habe, wenn England und die übrigen Verbandsmächte sich die Lage zunutze machten, aber sehr viel habe er dagegen, daß amerikanische Soldaten den Raub garantieren und für eine englische Welt bluten sollten. Die Opposition in Amerika hat auch offen und scharf den Präsidenten Wilson einer ganzen Reihe von Widersprüchen in seiner Politik und sogar in seinen Reden beschuldigt. So sieht man deutlich die Gründe für die riesigen Schwierigkeiten der Politik und der ganzen Stellung des Präsidenten Wilson. Trotz aller möglichen Versicherungen weiß immer noch kein Mensch, ob der amerikanische Senat als die maßgebende Instanz den Friedensvertrag und den Völkerbundsvertrag annehmen wird. Daraus entstehen aber für Amerika zwei recht bedenkliche politische Möglichkeiten, denn wenn der Friedensvertrag im amerikanischen Senate abgelehnt werden sollte, dann müßte entweder ein neuer Friedensvertrag gemacht werden, und das wäre eine unsterbliche Blamage für den Herrn Präsidenten Wilson und wohl eine genügende Erklärung für seine Krankheit, oder beide Häuser der amerikanischen Gesetzgebung müßten zu einem Kongresse zusammentreten und mit Deutschland selbständig Frieden schließen. Wir werden ja bald sehen, wie sich die Angelegenheit des Friedensvertrages in Amerika entwickelt.

Die Ergebnisse der großen Aussprache.

Wenn in zwei Sitzungstagen der Nationalversammlung eine große Aussprache über die politische Lage und die dringenden Aufgaben der Gegenwart für den Staat stattgefunden hat und sich an dieser Aussprache der Reichskanzler, drei hervorragende Reichsminister und die Führer aller Parteien der Nationalversammlung beteiligt haben, so liegt eine gewaltige Fülle in Bezug auf die Beurteilung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dinge und Aufgaben im Deutschen Reiche vor. Aus dieser Fülle der Betrachtungen und der Aufgaben kann man aber glücklicherweise solche Richtlinien und Ergebnisse erkennen, welche der Schwarzseherei und der Verzweiflung in der schwierigen Lage Deutschlands keinen Raum lassen, sondern vielmehr für gute auf vernünftige Erwägungen aufgebaute Hoffnungen recht gute Grundlagen geschaffen haben. Dabei ist auch garnicht zu verkennen, daß neben ausgeprägten sachlichen und realpolitischen Forderungen auch der Idealismus zu seinem Rechte gekommen ist, welcher aus moralischen und kulturellen Gründen dem deutschen Volke seinen Wiederaufbau aus tiefster Not verbürgen will. Man darf daher sich nicht an Aeußerlichkeiten und Widersprüche stoßen, wie sie bei der Gegenüberstellung von so vielen großen Reden garnicht zu vermeiden sind, und man darf noch weniger, wie es auf der Seite der äußersten Linken und der Seite der äußersten Rechten geschehen ist, von großen Enttäuschungen reden, denn das würde nur eine parteipolitische Taktik und keine sachliche Beurteilung der soeben in der Nationalversammlung gehaltenen großen Reden sein. Es muß anerkannt werden, daß der Reichskanzler Bauer sehr sachlich gesprochen hat und mutig und kraftvoll für alles das eingetreten ist, was den Wiederaufbau Deutschlands fördern kann. Am erfreulichsten war dabei die Feststellung des Reichskanzlers, daß durch das deutsche Volk wieder ein Zug nach Arbeit und Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse gehe. Befriedigend war auch die Erklärung des Reichskanzlers über den Stand der drei großen Regierungsparteien gegenüber der Regierung. Mit der regellosen Wirtschaft der Arbeiterräte soll auch durch das Betriebsrätegesetz sobald als möglich ein Ende gemacht werden. Die wirtschaftliche Fürsorge ist ferner auch eine Hauptaufgabe der Regierung, und die Erfüllung des Friedensvertrages soll dazu eine gute Stütze abgeben und Schwierigkeiten in der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen verweiden helfen. Bedenksam war es nun aber auch, daß der Redner der demokratischen Volkspartei, Petersen, eine unumwundene Vertrauenserklärung gegenüber der Regierung und zumal auch gegenüber dem Reichswehrminister Noske aussprach, und daß der Redner der Zentrumspartei den schönen Gedanken aussprach, daß sich die Regierung auf den zuverlässigen Block der Verfassungsparteien stütze und ihre Aufgabe darin erblicke, die vaterländische Gemeinsamkeit zu pflegen und das deutsche Volk vor dem Sturze in den Abgrund zu bewahren. Auch soll nicht vergessen werden, daß der Redner der Demokraten forderte, daß seine Parteifreunde ihre Wünsche bei der obligatorischen Schiedsgerichtsverfassung gegenüber den Streiks, ferner bei der Wiedereinführung der Akkordarbeit, der Beseitigung der Zwangswirtschaft und den Experimenten der Sozialisierungsversuche durchsetzen wollten. Daß wir nicht zu verzweifeln brauchen, sondern wieder hochkommen werden, das sprachen auch die übrigen Redner und Reichsminister während der großen Aussprache als die wichtigste Erkenntnis in der Beurteilung der Dinge aus.

Politische Rundschau.

Die neue Antwort der Verbandsmächte an Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet, daß der Oberste Rat der Verbandsmächte von dem Entwurfe des Marschalls Foch für eine Antwort auf die deutsche Note über die deutsche Räumung der baltischen Länder Kenntnis genommen hat und daß der Oberste Rat an dieser Antwort einiges änderte, damit den der Konferenz der Verbandsmächte neu bekannt gewordenen Vorfällen in den baltischen Ländern Rechnung getragen würde. Dabei soll in der Hauptsache festgestellt worden sein, daß die Versicherungen der deutschen Regierung bezüglich der Räumung der baltischen Länder nicht den Tatsachen entsprechen, und daß die deutsche Regierung deshalb für alles das, was in den baltischen Ländern vorgehe, verantwortlich gemacht werden müsse. Die neue Antwort der Verbandsmächte enthält auch die Zwangsmittel und auch die Wiedereinrichtung der Blockade Deutschlands und die Einstellung der Lebensmittel- und Rohstoffsendungen, um Deutschland zur Erfüllung der Forderungen der Verbandsmächte zu zwingen. Nach den Pariser Meldungen ist die neue Note der Verbandsmächte inzwischen auch an die deutsche Regierung geschickt worden. Wenn die erwähnten Angaben über den Inhalt dieser neuen Note stimmen, so würde dadurch nur eine neue unerträgliche Zwangslage für Deutschland geschaffen werden, denn die deutsche Regierung besitzt nicht die unbedingten Zwangsmittel, um die deutschen Freikorps sofort aus den baltischen Ländern zu entfernen und deshalb verdient auch das deutsche Volk nicht durch eine neue Blockade bestraft zu werden. Es ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung sofort alle Schritte tun wird, um der gespannten Lage bezüglich der neuen Forderung der Verbandsmächte ein Ende zu machen.

Die Reichsgierung und die Lage in den baltischen Ländern.

Aus Berlin wird berichtet, daß noch immer keine genügenden Nachrichten über die Lage in den baltischen Ländern und die Rückkehr der deutschen Freikorps vorliegen. Der neuernannte Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in den baltischen Ländern, General von Oberhardt, sowie auch die Offiziere sind bemüht, die Truppen zum Gehorsam zu bringen und nach Deutschland zurückzuführen. Auch der General von der Goltz hätte sich in dieser Richtung energisch gezeigt. Die Reichsregierung hat auch die Einstellung der Lebensmittelzufuhr an die Truppen in den baltischen Ländern verfügt, um die Truppen zur Rückkehr zu zwingen. Nur in den Etappenstationen sollen die Truppen noch Lebensmittel bei ihrer Rückkehr empfangen. Die Londoner Zeitungen melden übrigens auch, daß die lettische Regierung den deutschen Truppen eine Frist zur Räumung der baltischen Länder bis zum 30. November gestellt habe. Zwischen den lettischen und russischen Truppen wird bei Riga gekämpft, aber an diesen Kämpfen sind die deutschen Truppen in keiner Weise beteiligt.

Eintreten des französischen Ministers für den Wiederaufbau für den Einkauf in Deutschland.

Der französische Minister für den Wiederaufbau, Loucheur, hat in einem Rundschreiben an die Industriellen und Kaufleute Frankreichs erklärt, daß sie in Hinsicht auf den Stand der Valuta ihre Einkäufe in England und Amerika auf das Aeußerste einschränken und in Deutschland kaufen müßten. Auch sollten sie sich nicht etwa durch patriotische Bedenken von den Einkäufen an Produkten und Maschinen in Deutschland abhalten lassen. Von jetzt ab seien die Industriellen und Kaufleute Frankreichs berechtigt, mit allen deutschen Lieferanten in Verbindung zu treten, und könne es nur im Interesse Frankreichs liegen, soviel als möglich Ausläufe in Deutschland zu machen.

Deutschland soll am 1 April 1920 die erste Rate der Schadenersatzforderungen zahlen.

Wie das „Echo de Paris" meldet, haben die Verbandsmächte die Bezahlung der ersten Rate der Schadenersatzforderungen durch Deutschland auf den 1. April 1920 festgesetzt. Es fehlt bei dieser Mitteilung aber noch das wichtigste, nämlich die Angabe der Summe, welche Deutschland als erste Rate der Kriegsentschädigungen zahlen soll.

Eine Verständigung in den Steuerfragen.

Die Beratungen des Ausschusses für die Steuervorlagen in der Nationalversammlung haben zu einer Verständigung der drei Regierungsparteien in den Steuerfragen geführt. Die Herstellersteuer soll danach wegfallen, dagegen aber die allgemeine Umsatzsteuer auf 1½ Prozent erhöht werden, auch soll eine Luxuswarensteuer in Höhe von 25 Prozent erhoben werden, auch soll eine Inseraten- und Anzeigensteuer, sowie eine Besteuerung des Fremdenverkehrs eingeführt werden. Auch die sogenannten freien Berufe sollen von ihren Erträgen 10 Prozent der Staatskasse opfern. Kinderreiche Familien sollen bei der Besteuerung gewisse Rücksichten erhalten.

Von der deutschen Nationalversammlung.

In den letzten Tagen der verflossenen Woche ist in der Nationalversammlung die allgemeine politische Aussprache beendigt worden. Man darf es aussprechen, daß die Reichsregierung trotz der scharfen Angriffe von Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie und auch von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei mit der allgemeinen Aussprache zufrieden sein konnte. Sehr scharf erklärte der Reichskanzler gegenüber den Unabhängigen, daß sie nur hetzen, und daß sie alle Arbeiten in Deutschland erschweren. Die Unabhängigen hätten es sogar fertiggebracht, mit der Tat eines sechsachsinnigen Menschen, der einen Mordanschlag auf den Abgeordneten Haase unternommen habe und der sich selbst zur Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten bekannt habe, politische Propaganda zu treiben. Der Unabhängigen Sozialdemokratie müsse eben alles zu ihren Parteizwecken dienen. Der Abgeordnete Heinze von der Deutschen Volkspartei erklärte, daß seine Partei Gewaltakte zurückweise. Die Oberste Staatsgewalt müsse aber dem Kampfe der Parteien möglichst entzogen werden, und aus diesem Grunde glaube die Deutsche Volkspartei, daß die Monarchie die richtige Staatsform auch für Deutschland sei. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsjustizminister Dr. Schiffer, wies darauf hin, daß die Reichsregierung eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit aller Parteien unter der Zurückstellung der parteipolitischen Unterschiede wünsche. Dies dürfe aber durch verletzende Vorwürfe der Reichsregierung nicht unmöglich gemacht werden. Ein Mitglied der deutschen Volkspartei sei zum Beispiel noch Oberpräsident in Hannover und ein anderes Mitglied der deutschen Volkspartei sei Regierungspräsident. Das wäre ein Beweis für die politische Duldsamkeit der Reichsregierung, wie er früher nicht möglich gewesen wäre. Der Reichsminister Dr. David erklärte, daß die Deutschnationale Volkspartei, wenn sie die Monarchie in Deutschland wieder aufrichten wolle, von 26 deutschen Monarchen doch nur einen und zwar den befähigtsten auswählen müsse, und dann würde die Wahl wohl schwer werden. Im Herrscherhause der Hohenzollern hätte man gerade die Sprödigkeit vermißt, welches der Abgeordnete Heinze als eine wichtige Eigenschaft der Monarchie geschildert habe.

Riesendiebstähle bei der Eisenbahn.

160 Millionen im Betriebsjahre. — Minister Oesers Maßnahmen. — Aus der Landesversammlung.

Die fortgesetzte Beratung über die Eisenbahnverwaltung fiel am Donnerstag in der preußischen Landesversammlung nicht erfreulicher aus als am Vortage. Eine ganze Reihe unglaublicher und unerhörter Mißstände ist wieder ans Tageslicht gefördert worden. Eisenbahnminister Oeser trat mit neuen Hiobsbotschaften auf den Plan. Gegen den Voranschlag von 1919 ergibt sich ein Mindervertrag von 634 Millionen Mark. Nicht nur der Personenverkehr, sondern auch der Güterverkehr müsse eingeschränkt werden, und zwar könne für den gewöhnlichen Verkehr nur noch die Hälfte der Güterwagen gestellt werden, weil alle anderen für Kohlen und Lebensmittel gebraucht werden. Die größte Bewegung rief aber im Hause die Mitteilung des Ministers hervor, daß die Eisenbahndiebstähle für das laufende Jahr eine Entschädigung von 160 Millionen Mark erforderlich gemacht haben. Der feurige Appell an die Oeffentlichkeit ist wohl heute noch verständlicher. Denn was nützt ein Dezernent für Diebstähle, was die angekündigte eigene Energie des Ministers, wie vermögen ernannte Ausschüsse bei sämtlichen Direktionen angesichts dieser russischen Zustände etwas auszurichten, wenn nicht die gesamte Oeffentlichkeit sich dagegen wehrt und jedermann, der nur einigermaßen Sinn für Recht und Ordnung hat, die Eisenbahnverwaltung in dieser Richtung unterstützt? Minister Oeser führte im einzelnen aus:

Eine Besserung der Finanzverhältnisse ist leider nicht eingetreten. Gegenüber dem Voranschlag von 1919 werden wir noch einen Mindervertrag von 634 Millionen haben. (Lebhaftes Hört! Hört!) Obwohl das wirtschaftliche Leben des Landes wieder zu pulsieren anfängt, die Arbeiterschaft williger ist und auch die Leistungen steigen, können wir nicht den Verkehr heben, sondern sind gezwungen, ihn abzubröckeln. Das gilt nicht nur für den Personen-, sondern auch für den Güterverkehr. Gestern mußte ich verfügen, daß für den gewöhnlichen Verkehr nur noch die Hälfte der Güterwagen gestellt werden kann Alles andere wird für Kohlen und Lebensmittel gebraucht. Um den mittleren Beamten der Uebergang in die höhere Beamtenschaft zu erleichtern, werden wir gehobene mittlere Beamtenstellen schaffen. Zur Erledigung der Vorarbeiten sind ein Finanzausschuß, der die Abrechnungsfragen lösen solle, und ein Ueberleitungsausschuß tätig. Vor dem 1. April 1921 wird die Uebernahme aber nicht möglich sein.

Ich bin nun gefragt worden, ob es nicht möglich ist, bei der Eisenbahn erfolgreich gegen Diebstähle und Schiebungen vorzugehen. Vor dem Kriege kamen auch Diebstähle vor. Die Eisenbahn mußte dafür jährlich 3—5 Millionen Mark bezahlen. Im letzten Jahre ist diese Summe auf 118 Millionen Mark gestiegen, und nach den Berichten, die ich erhalten, wird sie im laufenden Betriebsjahre die ungeheure Summe von 160 Mill. Mark erreichen. (Hört, hört!) Ich will nicht leugnen, daß die reinen Diebstähle ungeheuer gestiegen sind, aber diese hohen Summen sind natürlich dadurch möglich geworden, weil alle Preise gesteigert sind. Aber dieser Zustand ist unerhört! (Sehr richtig!) Ich werde mit allen Maßnahmen diese schandbaren Zustände bekämpfen. Im Ministerium soll ein besonderes Dezernat zur Bekämpfung dieser Mißstände gebildet werden, und dieses wird wieder Ausschüsse bilden, die jeden Diebstahl verfolgen. Ich habe den besten Willen, mit aller Energie hiergegen vorzugehen. (Bravo!) Ich werde alle Elemente aus der Verwaltung herauswerfen, die sich in dieser Beziehung das Geringste zuschulden kommen lassen. Auch gegen Beziehungen werde ich energisch vorgehen (sehr richtig!), und zwar ohne Ansehen der Person. Ich habe bestimmt, daß mir Listen mit den Namen der Verurteilten vorgelegt werden sollen, und ich werde sie in allen Amtsblättern veröffentlichen lassen.

Am schlimmsten sind die Schiebungen in Elberfeld, in der Nähe des besetzten Gebietes. Hier haben sie geradezu ein erstaunliches Maß angenommen. Zur Bekämpfung dieses Unwesens hatte ich in Elberfeld eine Kommission von Arbeitern und Beamten ebildet. Diese Kommission hatte vorzüglich gearbeitet und ihr Material an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Sie haben sich nunmehr bei mir beschwert, daß die Anwaltschaft nicht energisch genug Gebrauch von ihren Anweisungen gemacht haben. Ich bin dabei, diese Angaben zu untersuchen. Die Diebstähle sind für uns bei ihrer ungeheuren Höhe eine finanzielle Frage geworden. Sie sind aber in erster Linie eine sittliche Gefahr für das Volk. Wenn man bedenkt, daß Eisenbahnwagen mit gefälschten Ausweisen oder ohne Ausweise Waren vom besetzten Gebiet bis nach Berlin bringen und diese Waren spurlos verschwinden, so ist das eine Gefahr für die ganze Volksmoral. Es ist gesagt worden, daß Arbeiter und Beamte wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt werden. Ich bitte um Mitteilung solcher Fälle, da wir jede politische Gesinnung respektieren und nur verlangen, daß die Angestellten ihre Pflicht tun.

Russischer Dank.

Wtb. Mitau, 7. Oktober. Der Oberbefehlshaber der freiwilligen russischen Westarmee Oberst Awalow-Bermondt hat der deutschen Gesandtschaft heute nachmittag folgende Note überreichen lassen:

„An die deutsche Reichsregierung. In den vom Bolschewismus befreiten Teilen Westrußlands habe ich, unterstützt von dem am 7. Oktober neugebildeten Zentralrat für Westrußland, im Namen Großrußlands die Aufgabe der Wiederherstellung der Staatsordnung und Zucht übernommen. Als Vertreter der russischen Staatsgewalt will ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um der deutschen Reichsregierung den Dank Rußlands auszusprechen für die unvergänglichen Dienste, die sich deutsche Truppen um die Errettung der russischen Randprovinzen vor dem Bolschewismus erworben haben. Nach Zurückziehung der deutschen Truppen wird der Schutz des von meinen Truppen besetzten Gebietes von mir übernommen werden. Die Sicherung des Abtransportes der deutschen Truppen wird meine besondere Sorge sein. Ich habe das feste Vertrauen, bei der Niederwerfung des weltzerstörenden Bolschewismus im russischen Staate bei allen Völkern das Verständnis zu finden, das notwendig ist, um diese Weltgefahr zu beseitigen und allen Staaten Frieden und freie Entwicklung zu sichern."

Polonisierungsbestrebungen in Ost- und Westpreußen.

Danzig, 11. Oktober. Die Polonisierung in Ost- und Westpreußen macht bedeutende Fortschritte. Die Polen verkaufen Güter und Häuser zu jedem verlangten Preise. So wurde z. B. in Zoppot das Kurhaus an einen Polen verkauft, ebenso ging eine Wassermühle in Adlershorst in polnische Hände. Weitere Verkäufe bedeutender Güter werden gemeldet. In Posen sind die letzten drei deutschen Stadträte aus dem Magistrat ausgeschieden.

Die Ablieferung der deutschen Milchkühe.

Englischer Vorschlag zur Milderung.

Haag, 11. Oktober. „Manchester Guardian" weist in einem Leitartikel auf die entsetzlichen Bestimmungen des Friedensvertrages betreffend Ablieferung der Milchkühe hin. Die Auslieferung des Viehs würde den Tod von 600 000 kleinen Kindern veranlassen. Die Wiederherstellungskommission werde in den nächsten Tagen eine Denkschrift erhalten, die vorschlägt, daß auf deutsche Rechnung in Australien und Amerika Milch zu kaufen sei.

Die Zukunft der Kadettenhäuser.

Berlin, 11. Oktober. Die Kadettenhäuser werden nach den Entschließungen der zuständigen Stellen zunächst bis zum Schluß des Schuljahres 1919/1920, also bis zum 1. April 1920 in ihrer gegenwärtigen Verfassung bestehen bleiben. Ueber die weitere Verwendung der Kadettenhäuser sind die Verhandlungen bei den zuständigen Reichsstellen noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Reichsregierung beabsichtigt, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, die Kadettenhäuser in Zivilerziehungsanstalten umzuwandeln und in ihnen Internate für befähigte Kinder, deren Väter im Kriege gefallen oder schwer beschädigt sind, sowie für befähigte Volksschüler einzurichten. Es sind aber noch keine endgültigen Entschließungen gefaßt.

Schlesien ohne jeden Schnellzugverkehr.

Vom 12. Oktober ab.

Wtb. Breslau, 11. Oktober. (Amtlich.) Die herrschende Kohlennot zwingt die Eisenbahnverwaltung zu einschneidenden Maßnahmen. Vom 12. d. Mts. ab ist die Provinz ohne jeden Schnellzugverkehr. Zur Reise nach Berlin braucht man von Breslau aus wieder 11 bis 12 Stunden, wie einst vor 40 bis 50 Jahren. Dieser gewaltsame Eingriff in das Wirtschaftsleben sollte dem Publikum klar machen, wie es um unsere Kohlenversorgung im Winter steht. Statt dessen hört man immer wieder die Ansicht äußern, daß es auf dem oberschlesischen Kohlenmarkt besser werde und man nichts zu fürchten habe, da ja die Bergleute mehr förderten, als früher, und große Haldenbestände vorhanden seien. Beides trifft nicht ganz zu.

Im ersten Halbjahr 1918 betrug in Oberschlesien die tägliche Förderung 141000 Tonnen, im gleichen Halbjahr 1919 81250 Tonnen. Es fehlen also rund 60000 Tonnen Förderung täglich. Dieser enorme Ausfall, der sich auf volle 6 Monate erstreckt, ist durch die im Laufe des September eingetretene Erhöhung in der Förderung auf etwa 95000 Tonnen täglich niemals wieder einzubringen. Die oberschlesischen Haldenbestände haben in der gleichen Zeit infolge stockender Abbeförderung um einiges zugenommen und betragen heute etwa 500000 Tonnen, umfassen also die Förderung von etwa 5,3 Arbeitstagen. Daß dies kein nennenswerter Bestand ist, wird zugegeben werden müssen, besonders in Hinsicht auf die dreimal höhere Bestandsziffer der gleichen Zeit im Vorjahre. Im Waldenburger Revier betragen die täglichen Förderziffern etwa 13000 Tonnen jetzt gegen 15500 im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Die Haldenbestände sind gering. Im Ruhrrevier werden zurzeit etwa täglich 245000 Tonnen gefördert gegen 328000 im Vorjahre. Die Haldenbestände sind nicht wesentlich. Zum Vergleich werden nachstehend die Gesamtzahlen der Kohlen-, Koks- und Brikett-Erzeugung für Deutschland in den Monaten August 1919 und 1918 gegeben:

	August 1919	August 1918
Steinkohlen	9612000 To.	14765000 To.
Rohbraunkohlen	8192000 „	9315000 „
Koks	1976000 „	3095000 „
Braunkohlenbriketts	1869000 „	2192000 „
Steinkohlenbriketts	381000 „	492000 „

Hält man sich diese Zahlen vor Augen und berücksichtigt man, daß wir arbeitstäglich etwa 70000 Tonnen Steinkohlen an die Entente abgeben müssen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß wir schlimmen kalten Wintertagen entgegengehen.

Nachrichten

übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Wtb. Amsterdam, 11. Oktober. Laut Preßbüro Radio meldet die Newyork Times, daß drei deutsche Schiffe in den chilenischen Häfen von ihren Besatzungen beschädigt worden sind.

Wtb. Berlin, 12. Oktober. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die durch den englischen Verkehrsstreik ins Stocken geratenen täglichen Verschiffungen von deutschen Kriegsgefangenen werden am Montag, den 13. Oktober wieder beginnen. Mit englischen Schiffen werden täglich von Harwich aus 420 Gefangene nach Rotterdam verschifft, mit Ausnahme der Tage, an denen der Dampfer „Butterworth" den Transport bewerkstelligt. Dieser Dampfer, der zunächst am 15. Oktober, dann am 19. Oktober, hierauf am 23. Oktober von Harwich abfährt, bringt jedesmal nur 270 Gefangene nach Rotterdam. Von den 12 deutschen Schiffen, welche Erlaubnis erhalten haben, Gefangene aus England abzuholen, werden „Grotawa", „Melilla", „Villa Real", „Bagdad", Lisboa", „Olygia", „Herbert Horn", und „Martha Woermann" am 14. Oktober in englischen Häfen sein, um sortan in ständiger Fahrt Transporte nach den deutschen Nordseehäfen zu bringen. Die Aufnahmefähigkeit der genannten Dampfer beträgt zusammen ungefähr 6000 Mann. Jeder von diesen Dampfern wird im Monat fünf Transporte ausführen können. In Vorbereitung für den Transport befinden sich außerdem noch vier deutsche Dampfer, welche in ca. 10 Tagen ausgerüstet sein werden.

Wtb. Amsterdam, 11. Oktober. Die Times meldet, daß italienische Pioniere damit begonnen haben, den Hafen von Fiume zu unterminieren. Sie drohen, ihn in die Luft zu sprengen, wenn die Stadt nicht an Italien abgetreten werde.

Wtb. Paris, 11. Oktober. Reuter. Der Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

Wtb. Versailles, 11. Oktober. Der Fünferrat setzte eine interalliierte Kommission ein, die die Kontrolle über die noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen üben soll, sowie eine weitere interalliierte militärische Kommission, die in Deutsch-Osterreich die Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages durchführen soll.

Der Fünferrat beschloß auf Verlangen von Admiral Koltschak und General Denekin, daß ihnen das von den Deutschen während des Krieges erbeutete russische Kriegsgerät überwiesen werden soll. Die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland wurde mit der Durchführung und Ueberwachung der erforderlichen Maßnahmen betraut.

Wtb. Versailles, 12. Oktober. Chicago Tribune meldet aus Washington: Trotzdem der Gesundheitszustand Wilsons sich bessere, müsse er noch für unbestimmte Zeit das Bett hüten. Dieser Beschluß der Aerzte habe überrascht, da man allgemein geglaubt habe, Wilson könne schon bald gewisse Staatsgeschäfte erledigen.

Wtb. Versailles, 12. Oktober. Laut Journal wird Präsident Poincaré jedenfalls heute oder morgen die Ratifikationsurkunde zeichnen. Die Veröffentlichung durch das Journal offiziel werde sofort erfolgen. Hierauf müßten die Alliierten Deutschland benachrichtigen, daß drei gegnerische Großmächte den Frieden ratifiziert hätten und dann müßten Vertreter dieser drei Großmächte mit Vertretern Deutschlands die Ratifikationsurkunde austauschen. Damit würde der Friedensvertrag in Kraft treten.

Wtb. Bern, 12. Oktober. Agence Centrale meldet über Laibach aus Dalmatien, daß nunmehr ganz Albanien im Aufstand gegen die italienischen Besatzungstruppen sei. Die Aufständischen griffen sogar feste Plätze an. Auch die Bevölkerung von Skutari, die noch am meisten zu Italien neige, habe sich der Erhebung angeschlossen.

Privattelegramme. Berlin, 13. Oktober. Alle preußischen Staatsminister haben, wie die Morgenblätter berichten, auf die ihnen zustehende Entschuldungssumme verzichtet.

Der Deutsche Flottenverein beschloß in seiner gestrigen Hauptversammlung, den Verein künftig Deutschen Seeverein zu nennen. Der Verein will über den Parteien stehen und insbesondere für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wirken.

In einer vom gewerkschaftlichen Bund deutscher Verwaltungsbeamten nach Berlin einberufenen Versammlung wurden folgende Wünsche vertreten: Alle Ministerien sollen verfügen, daß der Aufstieg der Beamten erleichtert wird, daß in den Ministerien Beamtenräte errichtet werden. Für Kriegsteilnehmer sollen die Prüfungen erleichtert werden.

Die seit gestern östlich Berlin eingetretene Einstellung des Schnellzugsverkehrs hatte zur Folge, daß alle Personenzüge überfüllt waren. Der Schnellzugsverkehr von Potsdamer, Anhalter und Görlitzer sowie vom Stettiner Bahnhof hat, wie die Morgenblätter berichten, noch keine Aenderung erfahren.

Wtb. Breslau, 12. Oktober. Die Provinzialzuckerstelle für Schlesien teilt mit, durch die in den letzten Tagen gebrachte Notiz, daß für das neue Wirtschaftsjahr höhere Zuckerpreise festgesetzt sind, dürften sich manche Kaufleute veranlaßt sehen, Zucker zurückzuhalten, um dadurch später einen höheren Preis zu erzielen. Die Kaufleute werden vor der Zurückhaltung des Zuckers gewarnt und das Publikum wird ersucht, Fälle, bei denen sie auf ihre Pfundmarke zur Zeit Zucker nicht erhalten, sofort der Provinzialzuckerstelle mitzuteilen.

Wtb. Kattowitz, 12. Oktober. Gestern nachmittag nach 4 Uhr traf Reichswehrminister Noske zur Besichtigung des Abschnittes B in Kattowitz ein. Im Berg- und Hüttenmännischen Verein fand heute eine Sitzung oberschlesischer Industrieller über die industrielle, wirtschaftliche und militärische Lage Oberschlesiens und die letzten oberschlesischen Aufstände statt. In Myslowitz erklärte Noske in einer Ansprache an die Truppen, daß kein Streifen deutschen Bodens in andere Hände übergeben werde. Um 4 Uhr erfolgte die Abfahrt nach Beuthen.

Wtb. Hindenburg, 12. Oktober. Vom Handelsbüro der preußischen Bergwerksdirektion sind auf den ihr unterstellten Gruben Königin Luise und Königsgrube sowie Reinbabenschächte vom 10. d. Mts. die Preise für je eine Tonne Kohle wie folgt festgesetzt: Stückkohle erster Sorte 76,62 Mk. bis zurückgehend auf kleinste Sorte auf 71 Mk., auf der Königingrube ermäßigt sich der Preis pro Tonne um je 20 Pfg.

Lokales.

?? Namslau, 13. Oktober. (Die Ernährungszwangswirtschaft) wird, wie der Staatskommissar für Volksernährung in Preußen Dr. Peters vor einer Versammlung von Pressevertretern mitteilte, unter allen Umständen, wenn auch nur vorläufig, aufrechterhalten werden. Ueber die Notwendigkeit dieser Aufrechterhaltung bestehe in allen behördlichen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit, trotzdem die augenblicklichen Aussichten der Ernährung nicht ungünstig sind. Unsere Ernte ist zweifellos gut, besser als im vergangenen Jahre, bei Brotgetreide, ausschließlich bei Gerste und auch beim Hafer. Wir haben Aussicht, nicht nur den Winter über, sondern das ganze Wirtschaftsjahr hindurch, auszukommen. Natürlich dürfen wir nicht an eine wesentliche Erhöhung der Brotration denken; dafür ist eine Herabsetzung der Ausmahlung schon vom 15. Oktober beschlossen. Bei den Kartoffeln bietet sich noch kein klarer Ueberblick. Die Aussichten im Westen sind auch hier gut, nach Osten nehmen sie etwas ab. Immerhin werden wir auch mit den Kartoffeln mindestens über das Frühjahr hinaus reichen. Es ist möglich, daß dem vielfachen Wunsche, die Brotration schon während der schweren Wintermonate von sieben auf neun Pfund zu erhöhen, entsprochen werden kann. — Das schwierigste Kapitel bleibt die Fleischversorgung. Die Zustände auf diesem Gebiet werden erschwert durch die Lederwirtschaft, die es zuwege gebracht hat, daß ein Landwirt für ein Kalb 700 Mark, der Fleischer für das Fell 800 Mark erhielt. Eine neue Verordnung regelt auch hier die Dinge, so daß der Mehrerlös bei der Häuteauktion unter Landwirtschaft, Staat und Kommune, die wiederum den Fleischer beteiligen wird, verteilt werden soll. In Rücksicht auf die Kohlennot sollen endlich in diesem Winter die Betriebe zur Margarine- und Oelerzeugung bei der Kohlenversorgung bevorzugt werden, so daß wenigstens dieses lebenswichtige Fett in erhöhtem Maße geliefert werden kann.

△ (Gründung eines Schlesischen Bürgermeisterverbandes.) Im Fürstensaale des Breslauer Rathauses fand am 4. d. M. eine Versammlung von Bürgermeistern kreisangehöriger Städte Schlesiens statt. Bürgermeister Dr. Peucker—Patschkau, der die Versammlung leitete, sprach in längerer Ausführung über Zwecke und Ziele des Verbandes. Der zu gründende Verband würde ein Unterverband des vor kurzem in Berlin zum deutschen

Bürgermeisterbunde ausgebauten Preußischen Bürgermeisterverbande werden. Nachdem verschiedene der anwesenden Bürgermeister zu den Ausführungen des Versammlungsleiters sich zustimmend geäußert, wurde unter Annahme der vorgelegten Satzungen die Gründung des Schlesischen Bürgermeisterverbandes beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Peucker—Patschkau und zum stellv. Vorsitzenden Bürgermeister Herrmann—Gottesberg, (früher in Bernstadt) gewählt. Außerdem wurden in den Vorstand gewählt: die Herren Bürgermeister Lange—Neustadt a. O., Hahm—Ohlau, Jakob—Rothenburg und Hohenhausen—Neusalz. Dem gegründeten Verbande sind bisher 75 Bürgermeister beigetreten.

— (**Fußballspiel.**) Am Sonntag, den 5. d. Mts., fanden sich die 2 Mannschaften des M.-T.-V „Vorwärts" und des S. C. „Preußen" zum Verbandswettspiel gegenüber. Spielbeginn vorm. 9¾ Uhr. Anfangs macht sich eine Ueberlegenheit der Oelser bemerkbar, und das Heilslatum der „Preußen" kommt öfters in Gefahr, jedoch sind die Verteidigung und der Tormann tüchtig auf dem Posten. Mit der Zeit tauen die Schwarzweißen auf und ein interessanter Kampf entwickelt sich. Ohne daß von einer Seite ein Erfolg erzielt wird, geht es in die Halbzeit (0:0.) Nach derselben das gleiche Bild. Ein Oelser Verteidiger macht im Strafraum Hand. Der vom Schiedsrichter gegebene 11 m wird glatt verwandelt. Stand 1:0 für Namslau. Jetzt legen sich die Gäste mächtig ins Zeug. 7 Minuten vor Schluß schießt der Oelser Rechtsaußen aufs Tor, der Tormann stürzt und der nachsetzende Mittelstürmer kann ausgleichen. Bis zum Schluß kann etwas Zählbares nicht mehr erreicht werden. Der Schlußpfiff des Schiedsrichters trennt die Mannschaften mit dem unentschiedenen Resultat von 1:1. Die Oelser Mannschaft war bis auf den Tormann gut. Bei „Preußen" enttäuschte der linke Läufer, alle übrigen spielten aufopfernd und gut. — Nachmittags fand das mit Spannung erwartete Spiel der beiden 1. Mannschaften obengenannter Vereine statt. Um 1⁴⁰ stellten sich die Mannschaften des Schiedsrichters. „Preußen" stößt an, doch Oels nimmt den Ball sofort ab und zieht vor das Tor der Heimischen. Die tüchtige Hintermannschaft verhütet aber irgend einen Erfolg der Gäste. Das Spiel wird offener. In der 10. Minute gelingt es dem Mittelstürmer Langner durch eine Flanke des Rechtsaußen unhaltbar einzusenden. Mit 1:0 für Namslau geht es in die Pause. Nach dieser stößt Oels an, der Ball wird ihnen jedoch sofort abgenommen, der Sturm bricht durch und wieder ist es Langner, der das 2. Tor für seine Farben buchen kann. Oels ist erbittert, das Spiel nimmt an Schärfe und Tempo zu. Oels kann in der 25. Minute einsenden. Die Spannung wächst. Beide Parteien geben ihr Aeußerstes her. 10 Minuten vor Schluß kann „Vorwärts" ausgleichen. Das Spiel nimmt nun seinen Fortgang in außerordentlicher Weise. Keiner Mannschaft gelingt es, das siegende Tor zu buchen. Ebenfalls unentschieden 2:2 müssen die Mannschaften das Spielfeld räumen. Die Gäste zeigten sehr schönes Zusammenspiel. Die Mannschaft der „Preußen" war durchweg gut; besonderes Lob verdienen Langner, Muß, Gurok und Neitzig. Zu wünschen übrig ließ der Schiedsrichter. Er war den äußerst schwierigen Momenten nicht immer gewachsen und ließ sich zum Teil das Heft aus der Hand nehmen.

— (**Eisernes Kreuz.**) **Dem Wirtschaftsassistenten Herrn Lothar Mende in Grambschütz ist das Eiserne Kreuz 1. Klasse für Tapferkeit vor dem Feinde nachträglich verliehen worden.**

[Eingesandtes.]

Oberzolldirektion
II b Nr. 262 R.

Zum neuen Zündwarensteuergesetz.

Die zum **neuen Zündwarensteuergesetz** vom 10. September 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1629 ff.) am 17. September 1919 erlassenen Ausführungsbestimmungen nebst **Nachsteuerordnung** sind im Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 946 ff. veröffentlicht.

Hiernach haben die nachsteuerpflichtigen Personen und Vereinigungen die am 1. Oktober 1919 in ihrem Besitze befindlichen nachsteuerpflichtigen Zündwaren (Zündhölzer, Zündkerzchen, Zündsteine, Feuerzeuge usw.) **spätestens am 15. Oktober 1919** bei der Hebestelle ihres Bezirks schriftlich unter Angabe der Art und Menge der Zündwaren sowie des Aufbewahrungsraumes zur Anmeldung und Vordrucke zu benutzen, die von der Hebestelle (Zollamt) unentgeltlich geliefert werden. Die Anmeldung ist in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

Der Nachsteuer bezw. dem Nachzoll unterliegen Zündwaren, die sich am 1. Oktober 1919 außerhalb der Räume eines angemeldeten Fabrikbetriebes, eines Zoll- oder Steuerlagers oder einer Zollniederlage im Besitze von Herstellern, Händlern, Wirten, ferner von Konsumvereinen, Kasinos, Logen und ähnlichen Vereinigungen befinden.

Vorstehende Personen und Vereinigungen sind zur Entrichtung der Nachsteuer und des Nachzolls für nachsteuerpflichtige Zündwaren verpflichtet. Dabei gelten als „Händler" alle Personen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919 Zündwaren in größeren Mengen angekauft haben, um sie nach dem 1. Oktober 1919 weiter zu verkaufen. Konsumvereine, Kasinos, Logen und ähnliche Vereinigungen gelten auch dann als Händler, wenn sie die Zündwaren nur an ihre Mitglieder oder nur in ihren eigenen Räumen abgeben.

Der Nachsteuer bezw. dem Nachzoll unterliegen auch diejenigen Zündwaren, die sich in Automaten oder ähnlichen zum Verkauf dienenden Vorrichtungen befinden.

Die Nachsteuer beträgt:
für Zündhölzer, Zündspänchen, Zündstäbchen
a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 1 Pfennig und mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück 1½ Pfennig für jede Schachtel oder jedes Behältnis,
b) in Schachteln und anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 1½ Pfennig für 60 Stück oder einen Bruchteil davon.

Ueber die Höhe der Nachsteuer für die übrigen Arten der Zündwaren, die hier aus Raummangel im einzelnen nicht aufgeführt werden können, sowie über die Höhe des Nachzolls werden g. F. die Zollämter bei Abholung der Vordrucke Auskunft geben.

Von der Nachsteuer und dem Nachzoll bleiben befreit:
a) Zündhölzer, Zündspänchen und Zündstäbchen sowie Zündkerzchen, die sich in angebrochenen Einzelpackungen befinden.
b) Zündwaren, die unter amtlicher Aufsicht aufgeführt oder auf ein Zoll- oder Steuerlager oder eine Zollniederlage gebracht werden.
(Für diese Zündwaren ist eine Anmeldung nicht erforderlich.)

Der Anmeldung und Nachversteuerung oder Nachverzollung unterliegen auch alle Zündwaren, die sich in den **Privaträumen** der Händler usw. befinden. Der Nachsteuer und dem Nachzoll unterliegende Zündwaren, die sich am 1. Oktober 1919 unterwegs befinden sind alsbald nach dem Eingang anzumelden.

Der Zahlungspflichtige hat, sofern ihm nicht Stundung gewährt wird, den ihm von der Hebestelle mitgeteilten Betrag innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Zahlungsaufforderung zu entrichten.

Hinterziehungen der Nachsteuer und des Nachzolls und sonstige Verletzungen der wegen deren Erhebung getroffene Bestimmungen werden nach Maßgabe der Strafvorschriften des Zündwarensteuergesetzes und des Vereinszollgesetzes bestraft.

Breslau, den 5. Oktober 1910.

Oberzolldirektion.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Von der Geschäftsleitung der hiesigen Krankenkassen wird uns geschrieben: Durch ein am 1. Oktober d. Js. in Kraft getretenes Gesetz vom 26. September 1919 ist die nur für die Kriegsdauer gedacht gewesene erweiterte Wochenhilfe als Pflichtleistung der Krankenkassen für ihre Mitglieder ausgestaltet worden. Dabei sind die bisherigen Sätze wesentlich erhöht worden. Es we den gewährt ein einmaliger Entbindungskostenbeitrag von 50 Mark, 2. Wochengeld für 10 Wochen von mindestens 1,50 Mark täglich, 3. für notwendige Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden eine Beihilfe bis zu 25 Mark, 4. Stillgeld für 12 Wochen von mindestens 0,75 Mark täglich. Nicht nur **versicherte** Wöchnerinnen erhalten künftig diese Wochenhilfe, sondern auch **versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter von Kassenmitgliedern**, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, sowie endlich alle **minderbemittelten** Wöchnerinnen (bei einem Gesamteinkommen von nicht mehr als 2500 Mark). Die Wochenhilfe wird in allen Fällen durch die Krankenkassen geleistet; belzubringen sind stets ein Geburtsurkundenauszug und gegebenenfalls eine Stillbescheinigung. In Zweifelsfällen erkundige man sich bei der Krankenkasse (Schützenstraße 15), die bereitwilligst Auskunft gibt.

So erfreulich die Steuerung und gesetzliche Festlegung der Wochenfürsorge im Interesse der Sicherung unseres Nachwuchses ist, so bedeutet sie andererseits eine ungeheure Mehrbelastung der ohnehin durch den schlechten Gesundheitszustand sehr geschwächten Krankenkassen. Eine Erhöhung der Beiträge ist daher unvermeidlich. Das Gesetz sieht deshalb vor, daß Beiträge bis zu 10 Prozent des Grundlohnes (bisher 6 Prozent) erhoben werden dürfen.

Ein russisches Urteil über die deutschen Kolonisten.

„Wenn man längst der Weichsel mit dem Dampfer von Bobrowniki nach Dabrzyn fährt, scheinen die deutschen Kolonien an der Weichsel einen einzigen ununterbrochenen Garten darzustellen. Die auf der Höhe verstreuten polnischen Höfe sehen daneben einsam aus, da sie fast von keinerlei Vegetation umgeben sind. Die Ueberlegenheit der deutschen Wirtschaften fällt in der hiesigen Gegend recht grell in die Augen. Die deutschen Bauernwirtschaften sind sogar besser eingerichtet als die Gutswirtschaften." So urteilt der russische Präsident des Kameralhofes von Kielce über die Bedeutung der deutschen Kolonisten in der Weichselniederung. — Und wie hat man diese Kulturpioniere behandelt? Gehetzt, verleumdet und verfolgt von der alten zaristischen Regierung und als Freiwild behandelt auch von der neuen bolschewistischen, sind sie unter unsäglichen Entbehrungen und Drangsalen zu uns als vertriebene Heimatlose zurückgekehrt. Wir dürfen sie nicht untergehen lassen! Die deutsche Hand in der Heimat muß sich ihnen hilfreich entgegenstrecken und Treue mit Treue lohnen. Denn auch wir brauchen ihre Hilfe wieder, brauchen ihre quellenerschließende Kulturarbeit, wenn sich ihnen die Tore zur Welt wieder öffnen. In der Erkenntnis dieser Tatsache wendet sich eine zur Unterstützung mittelloser Auslandsdeutscher begründete „Rückwandererhilfe" E. V., Berlin W. 50, Tauentzienstr. 6, in einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, der von führenden Persönlichkeiten aller Parteien und Volksschichten unterzeichnet worden ist und durch den 15 der bewährtesten Wohlfahrtsorganisationen um Hilfe für die vertriebenen Stammesbrüder bitten. Es ist zu wünschen, daß der vielgeschmähte deutsche Geist um so mehr in Betätigung des Zusammengehörigkeitsbewußtseins sich äußert, als die uns feindselig gesinnte Welt bemüht ist, diese Einheit zu beseitigen. Aus diesem Grunde betrieb sie ja überhaupt die rücksichtslose Verfolgung der Auslandsdeutschen. Es sollte deshalb jeder Deutsche sich zur Ehrenpflicht machen, der Rückwandererhilfe auf Postscheckkonto Berlin Nr. 49 023 ein Scherflein zu spenden. Der Segen dieses Werkes fällt auf jeden Volksgenossen selbst zurück.

Du Deutscher!

Dein Schicksal muß sich wenden
Noch heut, wenn du es willst, —
Wenn du dem Herzen stillst
Sein Sehnen nach den Händen,
Die tiefsten Segen spenden.

Vertrauen soll das heißen,
Vertrauen inn'rem Licht,
Der heil'gen, höchsten Pflicht,
Den Seilen, die nicht reißen,
Den Sternen, die nicht gleißen.

Dein Schicksal soll ich wenden,
Nach deinem eig'nen Spruch,
Wenn du des Hasses Fluch
Vermagst mit reinen Händen
In Liebe umzuwenden.

Dein Schicksal wird sich wenden
Durch Kräfte, die nur fand,
Wer seinen Zweck erkannt:
Dem Bruder Heil zu spenden,
Und sein Schicksal zu wenden. *

* Ein Auslandsdeutscher tritt mit diesen Worten bittend um Unterstützung der „Rückwandererhilfe" (Postscheckkonto Berlin 49 023) ein, die zum Besten hilf- und heimatloser Auslandsdeutscher begründet worden ist.

— Laut Verfügung des Herrn Justizministers haben die Gerichtsdiener und Gefangenenaufseher die Amtsbezeichnung Justizwachmeister und Erster Justizwachmeister erhalten.

Provinzielles.

Breslau. Am 1. Oktober wurde auf Grund des Reichsgesetzes vom 10. September das Landesfinanzamt Breslau errichtet. Sein Bezirk umfaßt die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz und von der Provinz Posen die deutschbleibenden Teile des Kreises Fraustadt. Seine Diensträume befinden sich bis auf weiteres im Gebäude der Oberzollbirektion Berlinerstr. 8.

Zobten. Der Sohn des Bäckermeisters Tschiopke aus Stephanshain wurde, als er von einer Geschäftstour nach Hause zurückkehrte, von zwei Straßenräubern angefallen und mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe seines Geldes und seines Fahrrades gezwungen.

Langenbielau. Im Kampfe mit drei Feldbieben wurden die Schubert'schen Eheleute schwer verletzt, namentlich der Mann.

Striegau. Beim Abtransport einer Maschine wurde der Pferdebursche Krause im Torwege des Gehöfts von der Maschine gegen die Wand gedrückt und zu Tode gequetscht.

Pleß. Das Gut Rudoltowitz wurde nachts von einer Schar Banditen umstellt, die der Besitzer nebst seinem Dienstpersonal durch heftiges Schießen zum Verlassen des Gutes zwingen wollten, um dann ergiebig plündern zu können. Herbeigeeilte Sicherheitsmannschaften vertrieben die Banditen.

Synagogengemeinde.

Hoschanna Rabba.
Mittwoch den 15. Oktober morgens 7 Uhr.

Schlußfest:
Mittwoch den 15. Oktober abends 5¼ Uhr.
Donnerstag den 16. Oktober morgens 9 Uhr, Seelenfeier 9½ Uhr und abends 5¼ Uhr.
Freitag den 17. Oktober morgens 9½ Uhr und abends 5 Uhr.

Bekanntmachung.

An jedem Dienstag und Freitag nachmittags von 4—5 Uhr findet während der Schulzeiten im Amtszimmer der ev. Volksschule eine Sprechstunde des Stadtschularztes statt. In dieser können Eltern und Lehrer, Schüler und Schülerinnen hiesiger Schulen vom Schularzt unentgeltlich untersuchen lassen und sich über alle Fragen, die die Gesundheit und Entwicklung ihrer schulpflichtigen Kinder betreffen, ärztlichen Rat erbitten. Eine Behandlung erkrankter Kinder findet in diesen Sprechstunden jedoch nicht statt.

Namslau, den 10. Oktober 1919.

Der Magistrat

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der §§ 13 und 16 des Ortsstatuts zur Regelung des persönlichen Feuerlöschdienstes im Gemeindebezirk Namslau vom 13. Februar 1907 wird hiermit zur Kenntnis der Beteiligten gebracht, daß

am Mittwoch, den 15. Oktober 1919, nachmittags 3 Uhr

eine **Spritzenprobe** stattfindet.

Die feuerlöschdienstpflichtigen Personen und **sämtliche männlichen arbeitsfähigen Ortseinwohner vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre,** welche nach der aufgrund der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien vom 8. November 1916 erlassenen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Breslau vom 29. März 1917 bei Ausbruch eines Feuers sowie zu den Geräteproben und Uebungen ebenfalls zur Hilfeleistung verpflichtet sind, haben sich an diesem Tage zu der angegebenen Zeit an dem neuen Feuerwehrgerätehause pünktlich einzufinden, den Anordnungen des Leiters der Spritzenprobe Folge zu leisten und ohne dessen Zustimmung den Uebungsplatz nicht zu verlassen.

Zuwiderhandlungen können mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark beziehungsweise mit entsprechender Haft bestraft werden.

Die fehlenden Mannschaften sind von den Abteilungsführern dem Magistratsleiter zu melden, von welchem diese Meldungen, falls die Fehlenden nicht innerhalb 3 Tagen durch triftige Gründe ihre Unabkömmlichkeit nachgewiesen haben, an den Ortspolizeiverwalter zur Festsetzung der Strafen weiter zu geben sind.

Namslau, den 4. Oktober 1919.

Die Polizei-Verwaltung. J. V. **Tietze.**

Bekanntmachung.

Der Restbetrag der

4% Schlesischen Kommunal-Anleihe

ist zur Zeichnung aufgelegt.

Der Kurs beträgt 94,60 M.

Zeichnungen nimmt die **Stadt-Sparkasse hierselbst** entgegen.

Da große Nachfrage bezüglich obiger Anleihe besteht, bitten wir, Zeichnungen sofort abgeben zu wollen.

Namslau, den 10. Oktober 1919.

Stadt-Sparkasse.

Namslau, den 7. Oktober 1919.

In den nächsten Tagen erfolgt durch die Ortsausschüsse die Ausgabe von Petroleumkarten. Das Petroleum für den Monat Oktober kann sofort bei den Kaufleuten in Empfang genommen werden, die die entsprechenden Markenabschnitte abzutrennen und einzureichen haben. Eine Belieferung im voraus für kommende Monate kann nicht stattfinden, da nicht zu ersehen ist, ob die zur Ausgabe gelangende Menge während der ganzen Zeit ausgegeben werden kann oder ob, sofern die Zufuhren sich bessern, eine Erhöhung der Menge eintreten kann. Der Verkaufspreis ist auf 1,50 Mk. für das Liter festgesetzt. Höhere Preise dürfen keinesfalls gefordert werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen sind mir sofort zu melden, damit ich Abhilfe schaffen kann.

Die zur Ausgabe kommenden Marken werden wie folgt beliefert:

Monat Oktober: Grundkarte . . . . 1 Ltr.
Zulagekarte A . . ½ „
„ B . . 1 „

Der Kreisausschuß.
gez. Dr. Sayur, Landrat.

Kohlenhöchstpreise.

Infolge der am 1. Oktober cr. eingetretenen Preiserhöhung seitens der oberschlesischen Kohlenkonvention wird der Höchstpreis für den hiesigen Versorgungsbezirk auf

5,80 M. per Ctr. ab Lager

festgesetzt. Die noch vorhandenen Bestände werden an Inhaber grauer Kohlenkarten (Minderbemittelte) zum Preise von

4,50 M. per Ctr. ab Lager

abgegeben.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Sayur, Landrat.

Margarinepreis.

Die auf die allgemeinen Fettmarken entfallenden **Margarinemengen** kosten von der Verteilung in dieser Woche ab pro Pfund 5,10 M. 70 g = 72 Pfg.

Für die auf die Sonderfettkarte 3 und 4 zu beziehende Margarine ist der alte Preis von 75 Pfg. pro 100 g zu zahlen.

Namslau, den 13. Oktober 1919.

Der Kreisausschuß.
Dr. Sayur.

Betrifft Milchkartenbelieferung.

Um eine genaue Kontrolle durchführen zu können, werden die Haushalte hierdurch nochmals ersucht, durch die Verkaufsstellen nur die **belieferten** Marken abtrennen zu lassen, die **nichtbelieferten Marken dagegen selbst zu vernichten.** Ferner dürfen die Milchkarten nicht in den Verkaufsstellen dauernd aufbewahrt werden, sie sind vielmehr **bei jeder Belieferung** zur Abtrennung des betreffenden Abschnitts vorzulegen.

Namslau, den 10. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Sayur, Landrat.

Namslau, den 7. Oktober 1919.

Lesegetreide.

Die Ausgabe von Mahlkarten über Lesegetreide darf nach dem 15. Oktober nicht mehr stattfinden. Alle bis dahin bei den Mühlen eingelieferten Karten sind noch abzumahlen und sofort der Kreiskornstelle einzureichen. Später einkommende Karten dürfen nicht mehr beliefert werden.

Der Kreisausschuß. Sayur, Landrat.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief gestern abend sanft in Breslau nach kurzem, schwerem Leiden unser heissgeliebtes herziges Söhnchen, unser Sonnenschein, unser teurer Bruder, Enkel und Neffe

Hans Teller

im blühenden Alter von 8½ Jahren.

Simmelwitz b. Namslau, d. 12. Okt. 1919.

Im namenlosen Schmerz

die tiefgebeugten Eltern

Wirtschaftsinspektor **W. Teller**
und **Frau** geb. Schönfelder,
und **Geschwister.**

Die Beerdigung findet in Breslau Donnerstag, den 16. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Salvatorfriedhofes (verlängerte Lohestr.) aus statt.

Etwa freundlichst zugedachte Kranzspenden bitte an H. Ohagen, Breslau, Schuhbrücke 61/62 zu senden.

Für die reichliche Bewirtung, die uns bei dem **Erntefest** zuteil wurde, sagen wir der gnädigen Frau und dem Herrn Oberamtmann, sowie dem Herrn Inspektor Kynast

besten Dank!

Die Leute des Gutes Brzezinke.

Namslauer Lichtspiele Grimm's Hotel

Mittwoch, den 15. Oktober, 8 Uhr.
Musik von Herrn Kapellmeister Bochnig.
Die Leibeigene. Filmdrama in 4 Akten.
Die Postanweisung. Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag, den 19. Oktober, 5 Uhr und 8 Uhr
Aphrodite. Drama in 4 Akten.
Das Stubenmädchen der Primadonna. Lustspiel.

Voranzeige!

Dem geehrten Publikum von **Reichthal** und Umgegend gebe ich hiermit bekannt, daß ich, meinem Versprechen nachkommend, am **Sonntag, den 19. d. Mts.** eine

Varietee-Vorstellung

unter Mitwirkung **Breslauer Bühnenkünstler** mit vollständig neuem Programm im Deutschen Kaiser (Bes. Jandt) veranstalten werde. Näheres der Personalien die Zettel und nächste Nummer d. Bl.

Zu dieser Vorstellung ladet schon jetzt freundlichst ein

Gustav Ernst.

2000 Mark Belohnung!

Von meinem Vorwerk Klein Butschkau sind mir in der Nacht von Dienstag, den 7., zu Mittwoch, den 8. d. Mts.,

4 Pferde und ein Korbwagen gestohlen worden.

2 hellbraune Wallache, mit Stern, ca. 8 Jahre, 4 Zoll hoch, 1 brauner Wallach, kupiert, mit Stern, 14 Jahre, 5 Zoll hoch, 1 braune Stute, ca. 12 Jahre, 5 Zoll hoch. Für Wiederbringung der Pferde zahle ich **2000 Mark Belohnung.**

Jüttner, Domänenpächter,
Wallendorf bei Noldau.

Suche

für schnell entschlossene Käufer aus Posen

Güter, Grundstücke, Gasthäuser, Mühlen usw.

Offerten unter **E. B.** an die Expedition d. Bl.

Krankenkassen- An- und Abmeldebogen
zu haben in der
Buchdruckerei O. Opitz.

Gutgehende Schmiede

mit **schöner Wohnung u. sämtlichem Inventar** preiswert zu verkaufen. Zu erfragen bei

Schwarzviehhändler Paul Susel,
Reichthal.

Für sofort ist eine

Wassermühle (Grabke-Mühle)

zu verpachten. Vom 1. Januar 20 ab ist ein

Gasthaus

(**Giesdorf**) zu verpachten. Zur Mühle gehören ca. 40 Morgen Acker. Zum Gasthaus gehören ca. 6 Morgen Acker.

Anfragen sind an **Dom. Giesdorf** zu richten.

Zur

Saat-Beize

empfehle ich

Corbin
Blaustein
Uspulun.

Germania-Drogerie
Oskar Tietze, Namslau.

Kaffee von köstlichem Geschmack, frisch geröstet, empfiehlt billigst
Heinrich Freyer, Rathaus.

Hafer, Heu, Futter-Kohlrüben, 1 Milchkuh und 2 Zugpferde

sofort zu kaufen gesucht.

Florian Copp, Bahnspediteur
Bielschowitz O.-S.

Kastanien und Eicheln

kauft **Theodor Loewy.**

Alles eile! Preise steigen!

Neue u. gebrauchte Säcke, Butterformen, Netze, Markiesen- u. Jalousieschnüre, Heftzwirne, Garne zum Säcke nähen, sämtliche Nähgarne u. Zwirne, für Schneider, Hausierer und Geschäftsinhaber, empfiehlt noch am billigsten

Adolf Güttler,
Breslau 5, Luisenstr. 1.

Silber- **Gold-Münzen** aller Art, in- und ausländ., kurzfähig oder nicht, **kaufe zu hohen Preisen.** Auf Wunsch Besuch. Bitte schreiben.

Rauer, **Breslau 2,** Lohestr. 28.

Kalkmergel

allerbeste, hochprozentige, staubfein gemahlene Ware, prompt lieferbar durch **C. Kulmiz, G. m. b. H.,**
Breslau II, Fernsprecher Nr. 5170—5174.

Obstbäume

wegen Räumung billig zu verkaufen.

Wiese'sche Gärtnerei, Bernstadt.

Vertreter Gärtner Nicolai.

Lehrling, Sohn achtbarer Eltern, suche für mein Kolonialwaren-Geschäft.
Heinrich Freyer, Rathaus.

---

2 verheir. Ackerkutscher und Lohngärtnerfamilie

sucht für Januar 1920

Dom. Postelwitz.

Leute, denen es an Dauerstellung gelegen ist, werden bevorzugt.

Russ. Tee, Kakao
lose und in Paketen, empfiehlt preiswert
H. Freyer, Rathaus.

Kräftiges Arbeitspferd

braune Stute, 6 Jahr alt, zur Zucht geeignet, verkauft, weil überzählig **Gutsbesitzer Bieneck,**
Schmograu.

Immalin
der gute
Schuhputz
Ueberall zu haben.

Hauptversammlung
F. A. L. 14. 10. 8 U.

Zum

Frisieren für Hochzeit., sowie Anfertigung von Brautkränzen empfiehlt sich
Frau Klimek,
Bernstadt, Schloßstraße 1.
Bestellung w. briefl. prompt besorgt.

Messing-Gashrone

billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Günstiges Angebot!

Nichttropfende
hellbrennende

Baum-Kerzen
Postpaket = 18 Kart. à 12 Stck. 81.- M.

Haushalt-Kerzen
Postpaket = 10 Kart. à 10 Stck. 65. M.

Rauchfreie u. gefahrlose

Wunder-Kerzen
erstmalig wieder im freien Handel.
Postpaket = 60 Kartons = 25 Mk.
Probesendung enthält von jeder Sorte 1 Karton = zus. 12 M. geg. Nachn.

Eistau-Lametta
100 300 500 1000 Briefe
20.- 19.50 19.- 18.- M. p. 100

H. Br. Pietsch, Lauban.
Vertreter überall gesucht

Ein Sopha, 1 Kleiderschrank, 3 Bettstellen und Stühle

verkauft **Kirchstr. 1.**

Ein Paar hohe Damenschuh, Größe 38, fast neu, zu verkaufen oder gegen ein Paar Halbschuh, gleiche Größe, umzutauschen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht einen

Reisepelz und Fußsack.

Von wem, zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

2 Chamotte-Oefen

billig zu verkaufen.
Opitz'sche Buchdruckerei.

Gelegenheitskauf!
1 Paar neue Damenschnürschuhe preiswert zu verkaufen bei Frau **Schnapka,** Krakauerstr. 24 pt.

Empfehle

Feinsten Tafel-Reis
markenfrei.

Holländ. Marmelade

Echte Quersurter Würstchen
in Dosen à 5 Paar.

Fette Lachsheringe
geräuchert.

Portogiesi. Oelsardinen
(von Costa Rose & Co.)

Filetheringe in ¼ Dosen.

Robert Bagusche
Telefon 283.

Gebr. Radwer

oder Gestell allein zu kaufen gesucht. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Alle Sorten Häute u. Felle

kauft zu hohen Preisen
J. Eckert, Namslau
Telefon 274.

---

1 schw. Militär-Mantel,

neu, zu verkaufen. Wo, sagt die Exp. d. Bl.

---

2 Sophatische

zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Stellmachergeselle,

23 Jahre alt, in kleineren und größeren Betrieben eingearbeitet, der auch selbständig zu arbeiten vermag **sucht Stellung.** Gefl. Anfragen zu richten an die Exp. d. Bl.

Ein tüchtiger

Schmiedegeselle

kann sich bald melden bei
K. Storek, Böhmwitz.

---

1 Schmiedegeselle

kann sofort antreten.
W. Schiewek, Böhmwitz.

Unverh. Kutscher

zum 2. Januar gesucht.
Pastor Riebe, Hönigern.

Eine

ältere, alleinsteh. Frau,

welche mir den Haushalt besorgt, kann sich sofort melden. Wo, zu erfr. in der Exp. d. Bl.